

Das allgemeine, gleiche, geheime, direkte, aktive und passive Wahlrecht für alle Erwachsenen bedeutet nur die letzte Entwicklungsstufe der bürgerlichen Demokratie und wird zur Grundlage und zum Deckmantel für die vollkommenste politische Form der Klassenherrschaft der Besitzenden und Ausbeutenden.

CLARA ZETKIN

Gedanken zum 76. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945

Von Anja Mewes

Vorsitzende der Friedenglockengesellschaft Berlin e.V.

Vor 76 Jahren wurden die Städte Hiroshima und Nagasaki in Schutt und Asche gelegt, und bis heute leiden Menschen an den Spätfolgen dieser Bomben. Diese unheilvollen und grausamen Geschehnisse und das damit einhergehende Leid der Menschen dürfen sich niemals wiederholen.

Wir leben in einem komplizierten sicherheitspolitischen Umfeld und angesichts unterschiedlicher Positionen der Staaten in Bezug auf die nukleare Abrüstung besteht besonders die Notwendigkeit, dass nicht kriegerische Auseinandersetzungen das Mittel zur Lösung von Konflikten sind, sondern die Staaten durch Dialog und Kommunikation ihr Misstrauen überwinden und ihre Kräfte für die Gestaltung einer friedlichen Welt einsetzen.

Am 8. 7. 2021 erinnerte die Kampagne „Büchel ist überall! Atomwaffenfrei Jetzt“ an den 25. Jahrestag des Rechtsgutachtens des Internationalen Gerichtshofes zu Atomwaffen. Der stellte damals fest, dass die Drohung mit Atomwaffen und deren Einsatz generell völkerrechtswidrig sind, da dies den fundamentalen Regeln des Völkerrechts widerspreche.

Es bleibt gerade deshalb skandalös, dass die Bundesregierung auch 25 Jahre danach immer noch an der nuklearen Teilhabe in der NATO festhält und diese durch modernisierte Atombomben und neue Trägerflugzeuge weiter ausbaut.

Im 76. Jahr der Befreiung Deutschlands vom deutschen Hitlerfaschismus durch die Rote Armee hat sich die aktuelle deutsche Politik nun auch öffentlich vom vermeintlichen Konsens „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg.“ verabschiedet.

Zahlen wie diese belegen das beispielhaft: Der Militärhaushalt der Bundesregierung ist in den letzten Jahren enorm gestiegen und beträgt derzeit 47 Milliarden Euro – dies ent-

spricht mehr als 500 Euro aus Steuergeldern je Bürger.

Deutschland belegt bei den Militärausgaben den achten Platz weltweit. Prozentual sind die Ausgaben in keinem anderen Land 2020 so stark gestiegen wie hier.



2020 waren mehr als 82,4 Millionen Menschen auf der Flucht. Diese Zahl hat sich seit 2010 fast verdoppelt. Wenn alle Staaten die Militärausgaben um nur 10 Prozent senken, bleibt die relative Sicherheit für jedes Land gleich – und es würde auf einen Schlag 183 Milliarden Dollar freisetzen, um Soziales, wie die Bekämpfung von Hunger, Armut und die Folgen der Corona-Krise zu finanzieren.

Jüngste Äußerungen der Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer unterstreichen diesen verheerenden Kurs, wenn sie sagt:

„... Wir müssen dem Ringen um Werte Muskeln verleihen...Verteidigung, das heißt: Abschrecken mit der Androhung militärischer Gewalt, um so Raum für politische Lösungen zu schaffen. Aber notfalls heißt es auch Anwendung militärischer Gewalt – kämpfen.“

Darauf können wir nur antworten: NEIN Frau Verteidigungsministerin, das hat nichts

mit dem Willen um Entspannung zu tun – das ist Säbelrasseln auf höchstem Niveau. Wir fordern angesichts von Hiroshima, Nagasaki, des Leidens in den aktuellen Kriegen unserer Zeit, der Zerstörung unserer Umwelt und des Kollabierens der Gesundheitsvorsorge von unseren politisch handelnden Menschen, mehr Verantwortung wahrzunehmen und mehr für die Lebenserhaltung – die DASEINSVORSORGE – zu leisten, als Milliarden für neue todbringende Leben vernichtende Waffen einzusetzen.

Angesichts der Verbrechen des faschistischen Deutschlands trägt Deutschland heute eine besondere Verantwortung für den Frieden. Wenn wir in einer friedlichen und sichereren Welt zusammenleben wollen, dann brauchen wir eine Politik, die auf Abrüstung und Entspannung setzt, nicht auf Aufrüstung und Konfrontation.

Es ist höchste Zeit für die Bundesregierung, einen Kurswechsel in ihrer Politik einzuleiten. Gerade im Zuge der Corona Krise, die nicht zuletzt eine Krise des Systems ist, haben sich soziale Ungleichheiten und Verteilungskonflikte verschärft.

Die Milliarden, die die Aufrüstung verschlingen wird, sind eine unverantwortliche Verschwendug von öffentlichen Mitteln, die wir viel dringender für die Daseinsvorsorge, als für die Zerstörung unserer Zivilisation benötigen.

Deshalb fordern wir auch, dass alle in Büchel lagernden US-Atombomben aus Deutschland entfernt werden.

Nicht das Prinzip der nuklearen Abschreckung macht die Welt sicherer, sondern einzig und allein Abrüstung und ein Verbot der Atomwaffen.

Und deshalb sind wir auch empört über die Entscheidung des Haushalt-Ausschusses des Deutschen Bundestages vom Juni 2021, dass er dem Antrag auf Finanzierung für die nächste Entwicklungsphase des hunderte Milliarden teuren Luftwaffenprojekts zugestimmt hat, das ab 2040 Tarnkappenbomber mit Atombewaffnung, umgeben von autonom agierenden Drohnenschwärm, eingewoben in künstliche Intelligenz, vorsieht.

Das sind keine Friedensbotschaften, sondern aktive Bedrohungen.

Atomwaffen sind und bleiben eine Gefahr für unser kostbares Leben auf diesem zerbrechlichen Planeten und stellen darüber

hinaus eine unglaubliche Verschwendug von Mitteln dar, die wir unter anderem benötigen für die Bewältigung der immensen Anforderungen gerade auch infolge der Auswirkungen der Corona-Pandemie in Bildung, Soziales-Gesundheit, Kultur sowie in der Wirtschaft.

Die Bilder von Hiroshima und Nagasaki, 76 Jahre nach Beendigung des Weltkrieges haben sich fest in unser Bewusstsein gegraben.

Deshalb ist unsere Forderung an die Bundesregierung wichtig, endlich den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, deshalb ist es wichtig, dass wir uns alle für atomare Abrüstung statt Aufrüstung engagieren und unsere Regierung in die Pflicht nehmen, sich konsequent dafür einzusetzen.

Diese Welt braucht eine Ordnung der Kooperation statt Konfrontation, eine Welt der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen statt Sanktionen und Störpolitik zum gegenseitigen Schaden.

Auf unserer jährlichen Mahn- und Gedenkveranstaltung für die Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki am 6. August im Berliner Volkspark Friedrichshain, haben sich aus diesem Anlass wieder sehr viele Friedensfreunde und Sympathisanten eingefunden, um gemeinsam diesen Forderungen mit ihrer Anwesenheit Nachdruck zu verleihen. Das macht Mut für unser gemeinsames friedenspolitisches Handeln. Wir brauchen den Druck auf der Straße, wir müssen Gesicht zeigen!

Es bleibt wichtig, dass wir in unserem gemeinsamen Agieren, wenn es um die Frage des Friedens geht, den Schulterschluss mit Gleichgesinnten suchen und vor allem den kleinsten gemeinsamen Nenner in unserem friedenspolitischen Handeln finden.

Wie sagte doch Ernst Thälmann: Nur gemeinsam sind wir stark! Einen Finger kann man brechen, aber eine Faust nicht.

Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg - Frieden ist auch das Recht eines jeden Menschen, in sozialer Sicherheit und Geborgenheit aufzuwachsen. Deshalb gilt unser friedenspolitisches Agieren nicht nur dem Kampf um eine friedliche Welt, sondern auch dem Kampf für ein Leben in sozialer Geborgenheit. Solidarität zu üben mit Kriegsopfern ist unsere DNA, aber auch den Opfern, die kriegsähnliche Katastrophen durch politisches Handlungsversagen ausgesetzt sind, wie in diesen Wochen den Hochwassergeschädigten in NRW, gilt unser Beistand.

So sind wir der Bitte unseres Friedenglockenmitgliedes Dr. Alexander Neu, um finanzielle Unterstützung für die von Hochwasser betroffenen Menschen in seinem Wahlkreis in NRW, nachgekommen. Weil diese Betroffenen jetzt und nicht erst nach vielen Wochen und Monaten Hilfe zum Überleben brauchen. Mit unserem Spendenauftrag für die von Hochwas-

ser Betroffenen in NRW konnten wir eine erste Spendensumme von 2.550 Euro innerhalb von vier Wochen einnehmen. Diesen Scheck haben wir am 6. 8. 2021 Dr. Alexander Neu überreicht.

Unser herzlicher Dank geht auch von dieser Stelle an die vielen Unterstützerinnen und Unterstützer, die unserem Spendenaufruf gefolgt sind. Und ihr könnt versichert sein, dass diese Spende direkt über Alexander Neu bei den Hilfsbedürftigen ankommt.

Das bedeutet nicht, dass wir damit die Bundesregierung aus ihrer Verantwortung nehmen wollen, sondern das ist ein Stück Solidarität, ein Stück Hilfe konkret und schnell für die Hochwassergeschädigten.

www.weltfriedenglocke-berlin.de

Aus der Arbeit des Vorstandes

Post an den Vorstand

Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
Bundeskanzleramt, 11012 Berlin Frau Bruns
Referat 311 Soziale Sicherung, Rente

Berlin, 9. Juni 2021

Vorsitzenden der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. – ISOR e.V. Herrn Horst Parton Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin

Sehr geehrter Herr Parton,
für Ihr Schreiben vom 17. Februar 2021 und das Schreiben von Herrn Schmidt vom 2. Juni 2021 an den Chef des Bundeskanzleramtes Herrn Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun danke ich Ihnen.

Sie kritisieren die Überleitung von Rentenansprüchen der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung und insbesondere die Kürzung von Versorgungsleistungen für Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit. Diesbezüglich fordern Sie politisches Handeln ein. Wie bereits vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit Schreiben vom 8. April 2021 erläutert, können keine Rechtsänderungen in Aussicht gestellt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat die mit dem Aufhebungsgesetz vorgesehene pauschale Kürzung von Versorgungsleistungen für Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit für verfassungsmäßig erklärt. Auch im Koalitionsvertrag sind keine Rechtsänderungen vorgesehen. Allerdings ist vorgesehen, für Härtefälle im Rentenüberleitungsprozess in der Grundsicherung einen Ausgleich durch eine Fondslösung zu schaffen. Die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern laufen derzeit.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag Bruns

Post an ISOR aktuell

Politik und Recht – zwei Seiten einer Medaille

In den letzten Wochen hört oder liest man gelegentlich solche Argumente, dass unsere Sache auf rechtlichem Gebiet keinen Sinn habe und dass uns nur der politische Kampf weiterführen würde. So meint man, dass wir mit dem Gesetzgeber über das Gutachten von Prof. Dr. Merten nicht mehr reden brauchten und bei den Politikern kein Gehör finden würden. Welche politischen Argumente sollten überzeugender wirken als ein so fundiertes wissenschaftliches Dokument, wie das uns vorliegende Gutachten? Eine politische Argumentation ohne die Berufung auf rechtliche Normen und Grundsätze wäre einfach gegenstandslos und würde zu einer simplen „Bittstellung“ verkümmern. Jede politische Forderung und Initiative muss sich immer auf die Begründung von bestehenden Rechtsansprüchen stützen. Beide Seiten gehören unbedingt zusammen. Uns geht es doch vor allem um die Durchsetzung von Rechten, die wir während der DDR-Zeit als Rechtsansprüche erworben haben. Deshalb muss gerade das auch rechtlich begründet werden.

Das BVerfG hat in seiner Entscheidung vom 28. 4. 99 vorgegeben, dass eine Pauschalisierung grundsätzlich zulässig und jede Entscheidung der Bundesregierung bezüglich der Rentenentgeltpunkte oberhalb 1,0 mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Daher hat der Gesetzgeber den Angehörigen des MfS auch das Mindestmaß von 1,0 zugebilligt.

Wenn wir diese Entscheidung des BVerfG billigen, geht es in unserem Kampf „nur“ um eine beliebige Erhöhung unserer Zuwendung, wenden wir uns aber gegen jede Einschränkung unserer Rentenansprüche haben wir anders, gezielter zu argumentieren. In beiden Fällen müssen unsere Ansprüche aber auf bestehende rechtliche Normen gestützt werden. Die Wege, die wir dabei beschreiten, werden politischer Art und die Begründungen, die wir nutzen, rechtlicher Art sein. Wie könnte man sich überhaupt einen politischen Kampf ohne rechtliche Argumente als Begründung von Ansprüchen vorstellen? Es wird immer darum gehen, nachzuweisen, dass die Verweigerung unserer Rechtsansprüche auf rechtswidriger Basis beruht. Gerade darum ist das uns vorliegende Gutachten von Prof. Dr. Dr. Merten von immenser Bedeutung.

Dabei sollte es uns aber nicht nur darum gehen, unsere Rentenbezüge zu erhöhen, sondern zugleich auch darum zu kämpfen, dass man uns nicht pauschal als „Straftäter“ disreditiert und uns mithilfe eines so genannten „Rentenstrafrechts“ „ohne Schuld schuldig“ spricht. Insofern haben wir formell immer das

Recht, uns wegen der Erhöhung des zugebilligten Rentensatzes von 1,0 Entgeltpunkten an die Bundesregierung zu wenden, wie sie ihrerseits formell das Recht hätte, die Ablehnung mit der bestehenden „Verfassungsmäßigkeit“ zu begründen.

Wer will denn im Voraus wissen, welche „rechtlichen“ Positionen künftige Parteien und Regierungen beziehen und ob es nicht doch möglich wird, für eine „außergewöhnliche Situation“ einen „außergewöhnlichen Rechtsweg“ zu finden.

Denken wir immer an die Worte von Bertolt Brecht: „Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.“

Dr. Heinz Günther, 15. 8. 21

Gemeinsam für den Frieden Ein Aufruf der Vernunft

In einer Welt, in der militärische, politische, wirtschaftliche und ideologische Auseinandersetzungen stetig zunehmen und die Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges immer größer wird, wird der Kampf um die Erhaltung des Friedens, um Entspannung und Völkerverständigung zur existentiellen Frage für die Menschheit. Es gilt besonders dem aggressiven Verhalten der USA und der NATO gegenüber Russland und China, dem verschärften Wettrüsten und der Schaffung immer

neuer Konfliktherde auf der Erde Einhalt zu gebieten. Die Mitglieder der ISOR e.V., TIG Leipzig unterstützen aus voller Überzeugung den Aufruf „Gemeinsam für den Frieden – Ein Aufruf zur Vernunft“ und rufen alle Friedenskämpfer dazu auf, gemeinsam und geschlossen für den Erhalt des Friedens, für die friedliche Lösung aller Konflikte auf der Welt und für Abrüstung einzutreten.

Der Vorstand der TIG Leipzig Gerald Böhm Vorsitzender Werner Billwitz

Peter Dorsch, Lutz Gläsel, Peter Fischer, Peter Kurze, Siegfried Lorenz, Hans-Jürgen Metzner, Günter Reum, Klaus Schreier



Die Südthüringer TIG Suhl, Ilm./Mng., Schmalkalden/Bad Salzungen, Hildburghausen und Sonneberg beginnen am 29.Juli in Suhl eine gemeinsame festliche Veranstaltung anlässlich des 30.Jahrestages der Gründung von ISOR e.V.

Wegen der Hygieneschutzmaßnahmen war die Teilnehmerzahl auf 30 begrenzt.

Neben Betreuern waren Gründungsmitglieder und verdienstvolle Vereinsfreunde eingeladen.

Als Gäste nahmen Hartmut Schuchardt, Landesbeauftragter Thüringens, Ina Leukefeld, Vorsitzende des Stadtverbandes Suhl, sowie Jochen Traut Sprecher der linken Plattform Thüringens von der Partei DIE LINKE teil.

Der Vorsitzende der TIG Suhl Herbert Ullrich charakterisierte in seiner ausdrucksvollen Festrede die Arbeit unserer TIG, dankte allen Mitgliedern für ihre Aktivitäten, für ihre Solidarität, ihre Treue und würdigte die Leistungen der verstorbenen bisherigen Verantwortungsträgern.

Er zitierte in seinem Referat Bertolt Brecht „Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“.

Wir werden nie kapitulieren, nie auf die Knie gehen, auch wenn uns in diesem System keine Gerechtigkeit widerfahren wird.

Angesichts der zunehmenden Pflegebedürftigkeit unserer Mitglieder ist die Betreuung immer wichtiger geworden.

Hartmut Schuchardt zog in seinen Ausführungen aus zentraler Sicht eine positive Bilanz des 30-jährigen Kampfes unseres Vereins gegen das Rentenstrafrecht und hob bedeutsame Erfolge hervor.

ISOR war und ist unsere politische Heimat, wir werden Unrecht immer benennen und öff-

fentlich machen. Die Bundesregierung hat das UNO-Zusatzprotokoll nicht unterzeichnet, was uns eine weitere rechtliche Möglichkeit im Kampf gegen die Strafrete eröffnet hätte.

Wir werden die Friedensbewegung weiter aktiv unterstützen und der Bedrohung des Friedens durch die NATO energisch entgegentreten.

Ina Leukefeld überbrachte die Grüße der Partei DIE LINKE und gab einen Einblick in die Arbeit der Linken in Suhl in Thüringen und in der Bundesrepublik. Sie erneuerte ihre solidarische Unterstützung in unserem Kampf und warb dafür, dem Kandidaten der Partei DIE LINKE bei der Bundestagswahl im September unsere Stimme zu geben.

Jochen Traut setzte sich in seinem konstruktiven Diskussionsbeitrag mit Tendenzen der Linkspolitik auseinander und wies nach, dass wir zur Unterstützung dieser Partei trotz aller Widrigkeiten keine Alternative haben.

Unser Vorstandsmitglied Wolfgang Tanner erläuterte den Spendenauftrag von ISOR für Kuba und verwies darauf, dass die USA alles unternehmen, um Kuba weiter zu destabilisieren und letztendlich der Konterrevolution zum Sieg zu verhelfen. Kuba war immer solidarisch, jetzt sind wir gefordert. Von den Teilnehmern der Veranstaltung wurden in diesem Zusammenhang 300 Euro für Kuba gespendet.

Anschließend verlas er die Grußadresse des Vorsitzenden der Koordinierungsgruppe Suhl Dr. Hans Arway, der aus gesundheitlichen Gründen leider an der Festveranstaltung nicht teilnehmen konnte.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Auszeichnung der vier Südthüringer TIG

und verdienstvoller Mitglieder mit der Ehrenmedaille durch das Mitglied des Vorstandes Hartmut Schuchardt.

Unser Mitglied Günter Sabel, der anlässlich seines 95. Geburtstages mit der Ehrenurkunde unseres Vereins ausgezeichnet wurde, umrahmte die Veranstaltung mit niveauvollen Erlebnisberichten und Traditionssliedern auf seiner Mundharmonika. Die Veranstaltung war ein einmütiges Bekenntnis zu den Zielen und der Tätigkeit unseres Vereins und dem Erfordernis, getreu unseres Statutes, die Arbeit in dem uns möglichen Umfang fortzusetzen.

Es erfüllt uns mit Freude und Stolz, dass unsere TIG mit der anspruchsvollen Ehrenmedaille, die unter der Losung steht:

„Von Freunden verehrt, von Feinden gehasst und verleumdet“

ausgezeichnet wurden.

Dafür unser herzlicher Dank an den Vorstand von ISOR e.V.

Wir werden unser solidarisches Anliegen auch in Zukunft mit Leben erfüllen.

TIG Suhl

*

Erste gemeinsame ISOR-Veranstaltung in Mittelthüringen nach dem Lockdown

Am 20.7.fand in Erfurt eine gemeinsame Veranstaltung der TIG Erfurt, Arnstadt/Ichtershausen, Weimar/Apolda, Sömmerda und Mühlhausen anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung von ISOR e.V. statt. Leider konnten die Freunde aus Nordhausen aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen.

Die Veranstaltung mit 50 Teilnehmern wurde von der TIG Erfurt gut vorbereitet. Nach langer Zwangspause war es für uns ein Bedürfnis, sich in größerer Runde wieder zu begegnen und auszutauschen.

Als Gäste begrüßten wir den Landtagsabgeordneten und Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE, Andre Blechschmidt, und Vertreter der befreundeten Verbände und Vereine.

Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden der TIG Erfurt, Wilfried Wolf, zog der Landesbeauftragte und Vorstandsmitglied Hartmut Schuchardt eine positive Bilanz unseres 30jährigen Kampfes gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und willkürliche Rentenkürzungen. Er bedankte sich bei den Mitstreitern der ersten Stunde und bei allen Mitgliedern und Funktionären für ihre hohe Einsatzbereitschaft, die unser Vereinsleben trotz hohen Alters und gesundheitlicher Einschränkungen mit Leben erfüllen und den Kontakt zu unseren Mitgliedern – auch unter Corona Bedingungen – stets aufrecht erhalten.

In seinen weiteren Ausführungen untermauerte er, dass sich unser gemeinsamer Kampf und das solidarische Zusammenstehen gelohnt haben.

Die Rentenkürzungen für die Angehörigen der NVA, des MdI und der Zollverwaltung wurden aufgehoben, und die Anhebung der Strafrente für die Mitarbeiter des MfS von 0,7 auf 1,0 Entgeltpunkte konnte erreicht werden. Die ehemaligen Angehörigen des MfS müssen jedoch weiterhin gravierende Einschnitte in ihrer Altersversorgung hinnehmen.

Unser Kampf war von Erfolgen, aber auch von Niederlagen geprägt.

Die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zur Menschenrechtskonvention durch die Bundesregierung hätte uns weitere rechtliche Möglichkeiten eröffnet. In ihrer Koalitionsvereinbarung wurde es vor fünf Jahren aufgenommen, aber wieder offensichtlich bewusst nicht realisiert. Die Herrschenden sind nicht gewillt und bereit, die eklatanten Verstöße gegen das Grundgesetz der BRD aufzuheben. Sie prangern pausenlos Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern an, sie sollten lieber mal vor der eigenen Haustür kehren. Er ging dann auf die bevorstehenden Bundestagswahl ein und warb dafür, der Partei DIE LINKE unsere Stimme zu geben. Er setzte sich mit Tendenzen innerhalb der Partei auseinander und warb trotz alledem, DIE LINKE zu wählen.

Zum Schluss seiner Ausführungen betonte Hartmut Schuchardt, dass wir gemeinsam mit unseren Freunden viel erreicht haben und wünschte allen viel Gesundheit und Kraft für unseren weiteren gemeinsamen Kampf.

Andre Blechschmidt überbrachte die Grüße der Partei DIE LINKE und hob besonders die solidarische Unterstützung von ISOR hervor. Er gab uns interessante Einblicke in die Arbeit des Landtages und warb um Unterstützung für die Partei bei der bevorstehenden Bundestagswahl.

Darüber hinaus musste er sich einige kritische Fragen zur Haltung der Partei zur Problematik „Unrechtsstaat DDR“ stellen.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Auszeichnung der TIG als kollektive Würdigung sowie einzelner Mitglieder in Anerkennung langjähriger und verdienstvoller Tätigkeit mit der Ehrenmedaille durch das Mitglied des Vorstandes Hartmut Schuchardt.

Wilfried Wolf bedankte sich zum Schluss für die gelungene Veranstaltung und erläuterte den Spendenauftrag für Kuba.

Die vielen persönlichen Gespräche bei einer zünftigen Thüringer Bratwurst waren ein gelungener Abschluss unserer Veranstaltung.

Hartmut Schuchardt

*

Liebe Mitglieder und Unterstützer von ISOR, liebe Genossinnen und Genossen,

ISOR ist nun 30 Jahre als unsere Schutzgemeinschaft aktiv. Darüber hinaus wirkt sie für Frieden und soziale Gerechtigkeit in Gemeinschaft mit fortschrittlichen Organisationen mit.

Dieser so aktuell immer wichtiger werdende Kampf ist für mich auch ein Grund, warum wir in und mit ISOR weiter aktiv und zusammengehörig tätig oder unterstützend wirken sollten.

Anlässlich dieses Jahrestages wurden vom Vorstand auch die TIG Potsdam-Wildpark/Werder mit einer Ehrenmedaille sowie Urkunden für die Mitglieder geehrt.

Wenn auch von den einst gut 30 000 Mitgliedern heute nur noch 8000 geblieben sind, so sind wir im Land Brandenburg mit etwa 1500 Mitgliedern nach Berlin immer noch ein beachtlicher Landesverband.

Die bevorstehenden Wahlen erfordern auch unsere persönliche Entscheidungen der politischen Willensbekundung.

Einige von uns hatten die Unterstützungsaktion für die DKP im Land Brandenburg zur Berechtigung einer Wahlteilnahme gestärkt. Trotz offensichtlicher politischer Gegenmaßnahmen ist die DKP jetzt mit dabei.

Vor kurzem hatte unsere kleine TIG Potsdam-Wildpark/Werder seit langer Zeit mal wieder ein persönliches Treffen, an dem von den 19 Mitgliedern neun teilnehmen konnten.

Der Austausch zu den persönlichen Lebenswegen war so interessant und zeigte unsere Gemeinsamkeiten. Verschiedenste berufliche Qualifikationen mündeten im überzeugten Tätigwerden in den Sicherheitskräften unserer DDR, der Spionageabwehr, der Sicherung der Volkswirtschaft und gesellschaftlicher Bereiche bis zu operativ-technischen Diensten.

Wir leisteten unsere Beiträge zur Sicherung des Friedens und des Aufbaus einer besseren Zukunftsgesellschaft. Auch nach 1989/1990 behielten wir alle den Lebensmut und die angeeignete kämpferische Haltung, die uns und unseren Familien unter diesen gesellschaftlichen Rückwärtsbedingungen bis heute die Existenz sicherten. Ob als Bus-, Taxi oder Straßenbahnhaftrher, Handelsvertreter oder Selbständiger, Wachschutzmitarbeiter u.v.a., keine mögliche Arbeit scheuend, blieben wir aktiv und auch solidarisch miteinander. Dort wo Hilfe nötig und möglich war, wurde und wird diese auch geleistet. Auch ein wichtiger Aspekt unserer ISOR-Gemeinschaft.

Viele von uns versuchen mit persönlichen Zeugnissen, unser Leben in und für die DDR den Kindern und Enkeln zu vermitteln zur richtigen Geschichtsdarstellung angesichts der vielfältigen Verleumdungen. Ein Stückchen persönlicher Hinterlassenschaft von jedem für die Zukunft. Nicht jeder kann ja Bücher schreiben!

Das etwa drei Stunden währende Treffen endete mit dem Wunsch, bei passender Situation diese zu wiederholen.

Also bis bald für die, die es ermöglichen können und alle anderen erhalten auch wieder einen kurzen Bericht dazu.

Euer ISOR- Betreuer Wolfgang Groch.

*

Zur Überreichung der vom Vorstand unseres Vereins verliehenen Ehrenmedaille und Urkunde der ISOR e.V. zum 30. Jahrestag ihrer Gründung in Würdigung ihres vorbildlichen Einsatzes zur Umsetzung der Ziele und Aufgaben habe ich Vorsitzende der TIG des Regierungsbezirkes Chemnitz zu einer Zusammenkunft am 25. August 2021 eingeladen.

Die Freunde nahmen diese Ehrung mit der Versicherung an, sich auch künftig aktiv für den Fortbestand der TIG, ihre Arbeitsfähigkeit und zur Umsetzung der Aufgaben einzusetzen.

Einige Inhalte der Diskussion, des Erfahrungsaustausches während der Zusammenkunft.

Wir sind uns bewusst, dass wir zur Gründung unseres Vereins und auch danach Hilfe und Unterstützung durch Genossinnen und Genossen der damaligen PDS und heute der Partei DIE LINKE erhielten. Wir haben daher allen Grund, linke Politik zu unterstützen. In den Kreisen des Bezirkes sollten Kontakte zu Vertretern der Partei DIE LINKE hergestellt bzw. weiter gepflegt werden. Der 30. Jahrestag unseres Bestehens kann zum Anlass genommen werden, den Parteivorständen unsere Satzung und unsere Teilnahme an der Lösung einer Vielzahl anstehender ge-

sellschaftlicher Aufgaben (Frieden, Soziales, Geschichte u.a.) bekannt zu machen.

Die Förderung der Solidarität in den TIG, zwischen den Mitgliedern, aber auch nach außen, war, ist und bleibt der Garant für das Fortbestehen der TIG. Unsere Mitglieder haben die gleichen Biografien, wir sind – wie es heute heißt – in der und durch die DDR „sozialisiert“. Die Zugehörigkeit zu den bewaffneten Organen der DDR hat uns geprägt. Die Erhaltung des Friedens, die Sicherung des Staates, und weitere durch die Verfassung der DDR vorgegebene Aufgaben waren überzeugende Motive unseres Tuns. Und so sehen wir ISOR als den gewollten Zusammenschluss Gleichgesinnter, ohne in unbegründete Euphorie zu verfallen. Wir behalten eine kritische Betrachtung geschichtlicher Entwicklungen, auch die DDR betreffend.

In diesem Zusammenhang sind die persönlichen Kontakte der Mitglieder der Vorstände der TIG, der Gruppenbetreuer, Kassierer zu den Mitgliedern, aber auch zwischen ihnen wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Die Überbringung von Geburtstagswünschen, die Zustellung der **ISOR aktuell**, und andere Anlässe, die dabei geführten Unterhaltungen, festigen den Zusammenhalt, aber auch das Vertrauen zum Verein. Das alles gewinnt an Bedeutung, da viele unserer Mitglieder wegen des hohen Alters und gesundheitlicher Einschränkungen nicht mehr in der Lage sind, von ISOR zu organisierende Veranstaltungen zu besuchen.

Hier haben die an unserer Zusammenkunft teilgenommenen TIG-Vorsitzende sehr gute Arbeit geleistet. Stellvertretend ein Beispiel: Der Vorsitzende der TIG Zwickau, selbst gesundheitlich belastet, betreut 17 Freundinnen und Freunde. Er übergibt die Zeitschrift jeweils persönlich mit auch längeren Unterhaltungen.

Eine Bemerkung zu Fragen der „Strafrente“. Wenn auch juristische Maßnahmen ausgeschöpft sind, die politische Klasse nicht gewillt ist, Änderungen zur Überwindung der mit der Strafrente bestehenden Sanktionen zu veranlassen, werden wir die uns mit dem jüngsten Gutachten Prof. Dr. Dr. Mertens erneut übergebenen Fakten, die das Unrecht beweisen, immer wieder und auch neu im Kreis unserer Freunde, Bekannten, in sozialen Netzwerken zur Kenntnis bringen.

Reaktionen darauf sollten wir zusammenfassen, um Entscheidungen über den Umgang damit überlegt treffen zu können.

Vorsitzende von TIG äußerten den Wunsch, zu Veranstaltungen der TIG Chemnitz – auch zu Vorstandsberatungen - eingeladen zu werden.

Mein Vorschlag, den Informationsaustausch zwischen unseren TIG zu intensivieren, wurde angenommen. Abschließend:

Die Freunde wünschen, Treffen der TIG-Vorstände des Bezirkes öfter zu organisieren, auch gemeinsame Veranstaltungen durchzuführen.

Peter Eichler

Grundgesetz für die BRD und keine Verfassung gibt. Wer anderer Ansicht ist, sollte einmal im Artikel 146 GG für die BRD oder Artikel 5 des Einigungsvertrages nachlesen.

Dr. jur. Klaus Emmerich

*

Hallo, ich lese euer Isor nur ab und an von meinem Vater.

Die Erklärung von Seite 1 von der Juli Ausgabe müsste eigentlich in der Berliner und wo auch immer noch mit abgedruckt werden. Leider lehnt man sich mit dem ganzen Thema nicht so weit aus dem Fenster, speziell wenn man noch im Arbeitsprozess steckt und seine Ruhe mit den Kolleginnen und Kollegen haben will.

Und das ist das Problem dieser heuchlerischen Demokratie. Dazu schrieb erst kürzlich der Sohn von in unserer DDR geschassten Bürgers Robert Havemann, Florian in der Berliner Zeitung: Demokratie ist die Diktatur der Bourgeoisie!!

Sorry, ich schwife ab ...
Alles Gute, Beste Grüße

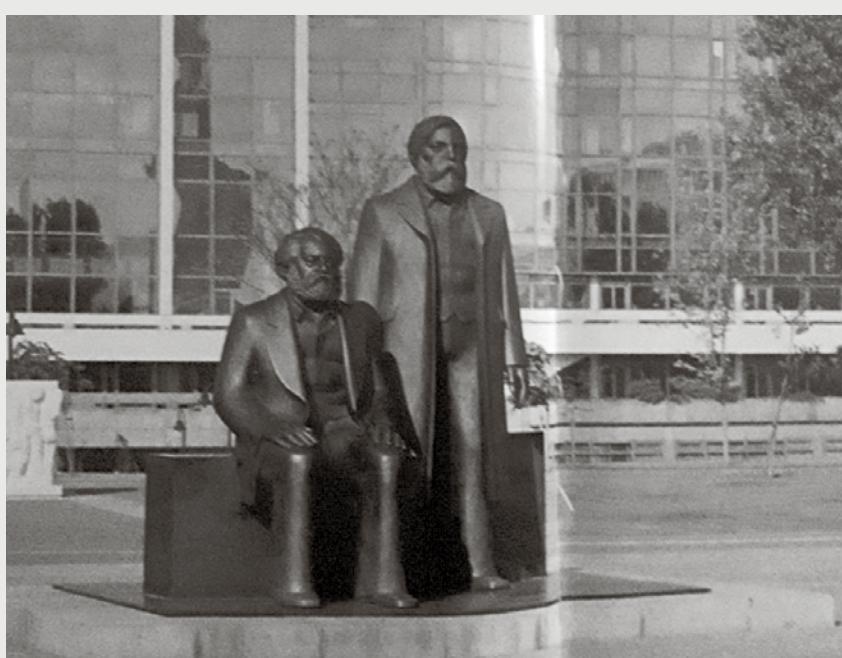
Frank Neubert aus Berlin Köpenick

Aus der Postmappe

Wir leben seit dem Anschluss der 41 jährigen DDR an die BRD in einem Rechtsstaat, kommen aber aus einem „Unrechtsstaat“!

Professor Erich Buchholz ist in seinem Buch „Bürger ohne Macht“ auf zahllose Details eingegangen und hat auch den Erfinder/Urheber des Begriffs „Unrechtsstaat“ den „KZ-Baumeistergehilfen Heinrich Lübke“ den späteren Bundepräsidenten benannt. In einer Proklamation des Bundespräsidenten, Bundesgesetzblatt Teil I 1963, Seite 397, taucht dieser Begriff des „Unrechtsstaates“ für die DDR, erstmalig auf.

Wie im Rechtsstaat BRD z.B. mit dem Begriff Verfassung umgegangen wird, kann man darin ermessen, dass es seit dem Mai des Jahres 1949 ein vom Parlamentarischen Rat beschlossenes



Zwischenruf

Wie zu hören ist, kann es durchaus passieren, dass sich nach der Wahl zum Deutschen Bundestag etwa 1000 Diener des Volkes im Plenarsaal des Parlaments drängeln. Diese ungebremste Entwicklung könnte dazu führen, dass von Wahl zu Wahl immer mehr Bewerber (m/w/d) ins Haus gespült werden. Dabei gibt es eine Lösung, die einen Saal für bis zu 4.500 Akteure fasst. Die hier im Bild zu sehenden beiden Abgeordnete haben hier allerdings ein Dauermandat, um dafür zu sorgen, dass alles was rechts ist, vor der Tür bleibt.

w.k.

Verehrte Freunde, ich sende Euch sporadisch ein paar Gedanken. Als Hauptmann der NVA der Reserve mache ich mir so meine Überlegungen über das Ergebnis politischer Bildung in Reihen der bewaffneten Organe. Dabei lege ich z.B. meine politische Ausbildung zu Grunde und sehe im Ergebnis so manches äußerst kritisch und dies nach fast 32 Jahren "Selbst-aufgabe" der DDR. (...)

Habe ich doch den Ton der damaligen Sprache noch lebendig im Ohr. Ob man dies nun als Vorwurf oder als Fehleinschätzung meinerseits betrachtet ist für mich heute fast nebensächlich.

Zeiten und gesellschaftliche Entwicklungen scheinen sich heute bald schneller, leider mehr "rückwärts" zu entwickeln; was ja bekanntlich eine unwissenschaftliche Betrachtung wäre. (...)

1980 prognostizierte ich einem 1. Kreissekretär, dass sein arrogantes über den Dingen stehendes persönliches Auftreten der Partei größeren Schaden zufüge als so manche real zu sehenden Fragen und Erscheinungen. Ich verließ ohne jegliche Aussprache den aristokratischen parteilichen Beamten-Stadt und ging dorthin, woher ich kam. Nein; die Partei habe ich nie verlassen; im Gegensatz des ganzen wertvollen Kreises ganzer sozialistisch erzogener Generationen.

Und wahrscheinlich ist meine heutige Mitgliedschaft lediglich die objektive Gesündere für eine bessere freie Gesellschaft. Wer sich der Klasse der Arbeitenden, Unterdrückten, Ausgebeuteten, den Kolonialisierten verbunden fühlt und für eine neue Zeit steht, hat keine andere Wahl.

Wolfgang Kulas, Hildburghausen

Auch das noch

Sie lernen's einfach nicht. Die Großmannssucht vergiftet ihren Verstand, der sich zu ihr umgekehrt proportional verhält. Und es ist nun wahrlich nicht neu:

Mitte des 19. Jahrhunderts, noch bevor die Deutschen ihre Zipfelmützen absetzten und erstaunt feststellten, dass die Welt größer ist als Greiz, Schleiz, Lobenstein, waren die Briten schon dabei, ihr imperiales Weltreich zu verschleudern; erkennbar an einer eklatanten Niederlage gegen ein Bergvolk am Rande der damaligen Welt: In Afghanistan.

Und obwohl **ISOR aktuell** sonst keine Gedichte abdruckt, kommt ausnahmsweise der Aktualität wegen Theodor Fontane zu Wort.

Das Trauerspiel von Afghanistan
Der Schnee leis stäubend vom Himmel fällt,
Ein Reiter vor Dschellalabad hält.

„Wer da?“ – „Ein britischer Reitersmann,
Bringe Botschaft aus Afghanistan.“

Afghanistan! Er sprach es so matt;
Es umdrängt den Reiter die halbe Stadt,
Sir Robert Sale, der Kommandant,
Hebt ihn vom Rosse mit eigener Hand.

Sie führen ins steinerne Wachthaus ihn,
Sie setzen ihn nieder an den Kamin.
Wie wärmt ihn das Feuer, wie labt ihn das Licht,
Er atmet hoch auf und dankt und spricht:

„Wir waren dreizehntausend Mann,
Von Kabul unser Zug begann;
Soldaten, Führer, Weib und Kind,
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.

Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt!“

Sir Robert stieg auf den Festungswall,
Offiziere, Soldaten, folgten ihm all,
Sir Robert sprach: „Der Schnee fällt dicht..,
Die uns suchen, die können uns finden nicht.

Sie irren wie Blinde und sind uns so nah,
So lasst sie's hören, daß wir da,
Stimmt an ein Lied von Heimat und Haus,
Trompeter,blast in die Nacht hinaus!“

Sie bliesen die Nacht und über den Tag,
Laut, wie nur Liebe rufen mag,
Sie bliesen – es kam die zweite Nacht,
Umsonst, daß ihr ruft, umsonst, daß ihr wacht.

Die hören sollen, die hören nicht mehr.
Vernichtet ist das ganze Heer.
Mit dreizehntausend der Zug begann,
Einer kam heim aus Afghanistan.

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.“ (Manifest der Kommunistischen Partei)

Sie muss zur Durchsetzung ihrer Ziele alles niedertreten, das sich ihr in den Weg stellt – sie muss Kriege führen. Aber: es sieht schlecht damit aus. Die Siegesfanfare sind seit 1945 verstummt. Waren sie 1954 in Dien bien phu zu hören, oder 1961 in der Schweineebucht?

Was ertönte 1975 vom Dach der US-Botschaft in Saigon, wo sich die letzten „Diplomaten“ an die kreisenden Hubschrauber als Fluchtzeuge klammerten?

Und Afghanistan vier Jahre danach: Von 1979 bis 1989 zeugten 15.000 tote Sowjet-soldaten vom Unvermögen und der Selbst-

herrlichkeit ihrer Führung die schon in der Agonie lag.

Seit 20 Jahren führte nun die „internationale Gemeinschaft“ mit ihren glorreichen Militärs, Nachrichtendiensten und Brunnenbohrern einen Kreuzzug gegen die Taliban, d.h. „die Schüler“ derer, die sie selbst gegen die sowjetischen Truppen gepäppelt hatten. Und auch die deutschen Schüler der US-Dozenten durften diesmal so richtig mitverlieren. Sie töteten und wurden getötet, sie leisteten sich einen 20jährigen Krieg.

Die Bilanz:

Von Kabul unser Zug begann;
Soldaten, Führer, Weib und Kind,
Erstarrt, erschlagen, verraten sind.

Zersprengt ist unser ganzes Heer,
Was lebt, irrt draußen in Nacht umher,
Mir hat ein Gott die Rettung gegönnt,
Seht zu, ob den Rest ihr retten könnt!“

(Fontane 1859)

Sie lernen's einfach nicht.

Sie konnten 2021 selbst den Rest nicht retten.

w.k.

*

Auslaufmodell

Die Fregatte „Bayern“ ist ausgelaufen. Die Steuergäste Kramp-Karrenbauer und Maas entließen sie in Wilhelmshaven mit Kurs auf die alte Kaiserlinie in Richtung China. Dunne-mals schipperte man zu den „Boxern“, deren Aufstand 1900 vorschriftswidrig gegen Preußen-Deutschland gerichtet war.

Frau Ministerin meinen nun, die Fregatte repräsentiere unsere Werte und unsere Interessen.

Angesichts dessen, dass „unsere Interessen“ und – noch viel schlimmer – „unsere schönen Werte“ in den Bergen des Hindukusch nach 20 Jahren emsigen Bemühens um Demokratie und Freiheit ins Wasser fielen, wurden diese nun, habe die Ehre, Majestät Wilhelm („unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“), auf selbiges verlegt. Oben schwimmt Bayern.

In der Kriegsmarine ist es üblich, einen Flottenbesuch zu erwideren. Es kann also möglich sein, dass die chinesische Marine demnächst auf Lubmin zusteurt, um das Rohrende „Nord Stream 2“ zu visitieren. Aber Achtung: Denkt Ihr Chinesen bitte an das alte Kaiserwort, dass ihr es nicht wagen sollt, „einen Deutschen auch nur scheel anzusehen“ Jedenfalls für die nächsten 100 Jahre.

Sonst laufen „unsere Werte und Interessen“ auch noch aus.

w.st./w.k.

Aktuelles von der Deutschen Rentenversicherung

Liebe Leserin, lieber Leser,

manchmal kommt es im Leben anders als geplant. Schicksalsschläge wie der Verlust eines Elternteils in jungen Jahren, eine schwere Erkrankung, die überstanden ist, aber deren Langzeitfolgen einem nachhängen oder das Ende einer Ehe, müssen dann gemeistert werden. Damit Sie gut versorgt sind in solch schwierigen Lebenslagen, unterstützt die Deutsche Rentenversicherung Sie mit vielen verschiedenen Leistungsangeboten.

Was lange währt - wird nicht unbedingt von selber gut. Darum bieten wir Betroffenen von Long-COVID und Post-COVID spezielle Reha-Maßnahmen an. An welchen Symptomen Sie erkennen, dass sie erkrankt sind, wo Sie die Reha beantragen und wie Ihnen in unseren Reha-Kliniken geholfen werden kann, erfahren Sie auf unserer Themenseite „Reha bei Post- oder Long-COVID“.

...

Und sie lebten glücklich, bis an das Ende ihrer Tage. Mit dem Grundrentenzuschlag unterstützen wir Rentnerinnen und Rentner, die ihr Leben lang gearbeitet, aber dabei unterdurchschnittlich verdient haben. Alles Wissenwerte über den Zuschlag zur Rente können Sie in unserer neuen Broschüre zum Thema nachlesen.

Online-Seminare für Fachpersonal. Wenn Sie in einer medizinischen Beratungsstelle, einem Gesundheitsamt, als Arzt bzw. Ärztin oder als Sozialarbeiter bzw. Sozialarbeiterin tätig sind, dann bieten wir Ihnen im September die Gelegenheit zum fachlichen Austausch unter Kolleginnen und Kollegen. Am 15.09.2021 steht das Thema Kinder- und Jugendreha und am 21.09.2021 die Onkologische Rehabilitation auf dem Programm.

Diese und weitere Themen erwarten Sie. Klicken Sie sich rein und erfahren Sie mehr zu Rente, Reha und Prävention.

Bis zum nächsten Mal. Bleiben Sie auf dem Laufenden und bleiben Sie gesund!

Ihre Deutsche Rentenversicherung

#UnblockCuba
Wirtschaftskrieg
gegen Kuba
beenden!



Informiere Dich!
Werde aktiv!
www.unblock-cuba.org

Hinweis

Der Autor des Beitrages „Gedanken für unseren weiteren Kampf“, **ISOR aktuell** Monat August, Seite 4, Hartwig Müller, legt Wert auf die Feststellung, dass sein Vorname mit Horst falsch wiedergegeben wurde. Wir bitten um Beachtung.
-red.-

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 01.09.2021

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.09.2021

Einstellung im Internet: 08.10.2021

Auslieferung: 19.10.2021

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag, 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16